

## Die „Köpenicker Blutwoche“

### Ihre politische Inanspruchnahme in Druckerzeugnissen des Nationalsozialismus und der DDR

Andreas Neumann

#### *Die Ereignisse während der „Köpenicker Blutwoche“*

Während die neuen Machthaber in den ersten Monaten ihrer Regierung im Jahre 1933 Gesetze erließen, um die Legalität ihrer Handlungen zumindest scheinbar aufrechtzuerhalten, schlug nach dem 5. März die langersehnte Stunde der SA. In der folgenden Zeit kam es zu einem größtenteils von der SA-Basis ausgehenden und stetig unkontrollierbarer werdenden Ausbruch von Gewalt. Ihr Selbstverständnis, jetzt an der Spitze des Staates zu stehen, drückte sich nicht nur in ihrem Verhalten gegenüber politischen Gegnern und anderen Oppositionellen aus, sondern zeigte sich auch in offen zur Schau gestellter Großmannssucht gegen die normale Bevölkerung.<sup>1</sup> Die Führungen von Staat und Partei sahen diesem Treiben nicht nur tatenlos zu, sondern sie betrachteten den Tatendrang mit einem gewissen Wohlwollen. Schließlich beschleunigte das aggressive Vorgehen der SA gegen oppositionelle Gruppen die Zersetzung von Widerstand gegen das neue Regime extrem und damit auch den Umsturz.<sup>2</sup>

Im Berliner Bezirk Köpenick bestand die erste größere Aktion der SA in der im März durchgeführten Razzia in der Laubenkolonie „Grüne Trift“, bei der zahlreiche Regimegegner verhaftet und ins nahegelegene SA-Lokal „Demuth“ gebracht wurden. Die meisten der in der „Grünen Trift“ – bekannt als ein „roter Kiez“ – Festgenommenen waren Anhänger der KPD. Im Lokal „Demuth“ und auf dem „Heuboden“ wurden diese Andersdenkenden Opfer der ersten größeren Mißhandlungen in Köpenick.<sup>3</sup>

Überregional, sogar international bekannt wurde der Fall der sozialdemokratischen Stadt- und Bezirksverordneten Marie Jankowski. Sie wurde von der SA verhaftet und beschuldigt, als Vorsitzende der Bezirkswinterhilfe Köpenick Gelder unterschlagen zu haben. In der Nacht vom 20. auf den 21. März wurde die ungefähr 50 Jahre alte Marie Jankowski im Lokal „Demuth“ schwer verletzt. Man verlangte von ihr, eine Liste mit allen SPD-Mitgliedern Köpenicks zu erstellen. In völlig zerschundenem Zustand wurde Jankowski auf die nächtliche Straße entlassen. Mit ihr wurden noch weitere Menschen, so der stellvertretende Bezirksbürgermeister der SPD Ehrlich und der Betriebsratsvorsitzende der Berliner Verkehrs Gesellschaft (BVG) Flieger, mißhandelt.<sup>4</sup>

Diese Ereignisse wurden in der Köpenicker Öffentlichkeit bald bekannt. Beispielsweise schrieb der Reichstagsabgeordnete der Zentrumspartei Dr. Heinrich Krone am 23. März ein Telegramm an Vizekanzler von Papen und bat, „[...] weil mit weiteren Übergriffen gedroht ist, sofort ihren ausreichenden Schutz und unbedingte Verhinderung solcher Übergriffe [...]“.<sup>5</sup>

---

1 Longerich, Peter: Die braunen Bataillone. Geschichte der SA. München 2003, S. 176–179.

2 Ebd., S. 172.

3 König, André: Köpenick unterm Hakenkreuz. Mahlow 2004, S. 60.

4 Ebd., S. 60.

5 Zitiert nach: Gedenkstätte Köpenicker Blutwoche Juni 1933. Eine Dokumentation. Ausstellungskatalog, hrsg. v. Claus-Dieter Sprink. Berlin 1997, S. 27.

Auch international erregte der Fall der Marie Jankowski Aufsehen. Am 1. April 1933 erschien in der britischen *Times* ein Bericht mit dem Titel: „German political violence – Woman Socialist beaten – a detailed case“.<sup>6</sup>

Durch diese Maßnahmen aufmerksam gemacht, wurden von der Polizei Ermittlungsverfahren gegen die SA-Schläger eingeleitet, die jedoch vom Köpenicker SA-Chef Gehrke sabotiert wurden. Er bat die SA-Untergruppe-Süd um Beistand „[...] gegen das reaktionäre Spiel der Herren im Polizeipräsidium [...]“. Deren Leiter erklärte daraufhin den staatlichen Ermittlungsbehörden dreist: „Ich bitte um Prüfung des Treibens der Jankowski, weil sich daraus ergibt, daß die Schuldfrage der Jankowski selbst zuzuschreiben ist. [...] Ich lehne es daher ab, meine SA-Führer zum Schutze marxistischer Elemente und Interessen vernehmen zu lassen.“<sup>7</sup>

Weitere Zwischenfälle in Köpenick waren die Zerstörung und anschließende Besetzung des Bootshauses des „Reichsbanners“ in Wendenschloß sowie der versuchte Mord des Sturms N 1/15 unter Toldie Draeger an Wilhelm Bandelow, der gerade noch von drei herbeieilenden Polizisten verhindert werden konnte.<sup>8</sup>

Nach den Ereignissen im Anschluß an die Märzwahl kam es im Juni zu einem weiteren traurigen Höhepunkt von eskalierender SA-Gewalt in Köpenick. Als Anlaß für eine berlinweite Aktion diente der SA die angebliche marxistische Unterwanderung der deutschnationalen Kampftruppe.<sup>9</sup> In Köpenick sollte in diesem Zusammenhang eine Aktion gegen vielfältige unliebsame politische Gegner stattfinden. In der Nacht vom 20. auf den 21. Juni 1933 fand im Verwaltungsgebäude des Amtsgerichtsgefängnisses Köpenick, dem Hauptquartier des „Sturmbanns 15“, eine Lagebesprechung sämtlicher Köpenicker SA-Führer statt. Geleitet wurde diese Veranstaltung von „Sturmbannführer“ Herbert Gehrke.<sup>10</sup>

Am darauf folgenden Morgen setzte Gehrke seine sechs SA-Stürme in Alarmbereitschaft und wies sie an, sich unverzüglich in die SA-Lokale zu begeben. Unter den alarmierten SA-Männern machten Gerüchte die Runde, Deutschnationale und Stahlhelm würden einen Putsch vorbereiten und versuchen wollen, das Bismarckdenkmal in den Müggelbergen in die Luft zu sprengen.<sup>11</sup>

Die Abriegelung und Durchsuchung der Wohnsiedlung Elsengrund am S-Bahnhof Köpenick, bei der auch die KPD-Mitglieder Paul und Joseph Spitzer sowie die Brüder Dzimowski vom deutschnationalen Kampftrupp verhaftet wurden, bildete den Auftakt der Aktion der Köpenicker SA. Während dieser ersten Verhaftungen unternahm Sturmführer Werner Mau eine Inspektionsfahrt durch alle Köpenicker SA-Lokale, um über das Anlaufen der Aktion und die personelle Stärke der SA Bericht zu erstatten. Nach der Auswertung seiner Schilderungen wurde beschlossen, den berüchtigten Sturm 33 („Maikowski-Sturm“) aus Charlottenburg zur Unterstützung anzufordern. Mit dem „Maikowski-Sturm“ griff eine äußerst skrupellose und gewaltbereite SA-Formation in die Geschehnisse in Köpenick ein.<sup>12</sup>

---

6 Abgedruckt in: Wörmann, Heinrich-Wilhelm: Widerstand 1933–1945. Widerstand in Köpenick und Treptow, Bd. 9 der Schriftenreihe über den Widerstand in Berlin von 1933 bis 1945, hrsg. v. Gedenkstätte deutscher Widerstand. Berlin 1995, S. 14.

7 König: Köpenick, S. 60 f.

8 Ebd., S. 61.

9 Deutschnationale Kampftruppe verboten. In: Der Angriff – Das Deutsche Abendblatt in Berlin Nr. 143 v. 21.06.1933.

10 Wörmann: Widerstand, S. 16.

11 König: Köpenick, S. 63.

12 Ebd., S. 64 f.

Zu einer endgültigen Eskalation der Gewalt kam es, als sich am 21. Juni 1933 um ca. 23.30 Uhr eine Gruppe SA-Männer Zugang zum Haus des bekannten SPD- und Gewerkschaftsfunktionärs Johannes Schmaus verschaffen wollte, um diesen und seine beiden Söhne zu verhaften. Aufgrund der schon vollzogenen Verhaftung des Gewerkschaftssekretärs und Bezirksvorsitzenden des Reichsbanners, Paul von Essen, war der anwesende jüngere Sohn Anton vorgewarnt. Er trat den ihn bedrohenden SA-Männern entgegen und schoß drei von ihnen nieder. Um nicht in die Hände der SA zu geraten, flüchtete er und stellte sich anschließend der Polizei. Nach Antons Flucht stürzten sich die SA-Männer auf dessen Vater und mißhandelten ihn schwer. Das Ereignis im Hause Schmaus diente als Katalysator und führte schließlich zu einer Explosion der SA-Gewalt in Köpenick.<sup>13</sup>

Grausame Mißhandlungen hatten auch die in das in der Elisabethstraße 23 gelegene „SA-Lokal Demuth“ Verschleppten, vorrangig Kommunisten, zu erdulden. Besonders die von Sturmführer Scharsich extra zusammengestellte Gruppe, die in das auf dem Hof gelegene Stallgebäude gebracht wurde, hatte Qualen zu erleiden. An den Folgen der auf dem „Heuboden“ erlittenen Mißhandlungen starben die Kommunisten Franz Wilczoch, Alfred Pusch, Joseph und Paul Spitzer, Walter Majchrzack, Karl Pokern, Franz Wätzow sowie der Jude Dr. Georg Eppenstein.<sup>14</sup> Die Schreie der auf dem „Heuboden“ Gefolterten waren in der ganzen Nachbarschaft zu hören. Um diesen Lärm zu übertönen, ließ der Inhaber des Lokals, Bruno Demuth, der zugleich einer der Hauptschläger war, den Motor seines Motorrads im Hof ständig laufen.<sup>15</sup>

Einer der weiteren Tatorte war das ehemalige Bootshaus des „Reichsbanners Schwarz-Rot-Gold e.V.“ der SPD. Auch in dem als „SA-Heim Wendenschloß“ bezeichneten Gebäude wurden Menschen Opfer schlimmster Gewaltexzesse. In der Nacht vom 22. zum 23. Juni wurden an dieser Stelle Säcke mit mindestens fünf Leichen auf Motorboote verladen und in der Dahme bzw. im Oder-Spree-Kanal versenkt.<sup>16</sup> Schon bei den „Verhören“ wurden viele Gefangene in die Dahme geworfen, bis sie glaubten, ertrinken zu müssen.<sup>17</sup>

Das Amtsgerichtsgefängnis am Hohenzollernplatz 5 war für viele Opfer die zweite Station ihres Leidensweges. Einige, wie Paul von Essen, Johannes Stelling und Richard Aßmann, wurden hier ermordet. Besondere Grausamkeiten spielten sich im normalerweise als Gefängniskapelle genutzten Betsaal des Gefängnisgebäudes ab.<sup>18</sup>

Die schließlich von der Gestapo zu diesen Taten eingeleiteten Ermittlungen endeten mit der Begründung, daß sämtliche Straftaten, die in Zusammenhang mit den Ereignissen in Köpenick stehen würden, vor dem 16. Juli 1933 begangen worden seien und damit unter den Gnadenerlaß aufgrund der Beendigung der „nationalsozialistischen Revolution“ fallen würden.<sup>19</sup> Um die Köpenicker Bevölkerung etwas zu beruhigen, wurde von höheren Gestapo-Stellen und anderen Funktionären beschlossen, die Haupttäter für einige Zeit aus Köpenick und der SA zu entfernen. Auch wollte man sich mit dem Führer der SA-Gruppe Berlin-Brandenburg in Verbindung setzen und ihm die Schwere der Tat verdeutlichen.<sup>20</sup>

---

13 Wörmann: Widerstand, S. 18–20.

14 Gedenkstätte, S. 20 f.

15 König: Köpenick, S. 66.

16 Gedenkstätte, S. 21.

17 König: Köpenick, S. 66.

18 Gedenkstätte, S. 21.

19 Ermächtigung für den Justizminister. In: Vossische Zeitung. Berlin, Nr. 349 v. 23.07.1933, Morgen Ausgabe.

20 König: Köpenick, S. 73.

*Die „Köpenicker Blutwoche“ in den zeitgenössischen Tageszeitungen – zwischen wilder Spekulation und durchgeplanter Inszenierung*

Beim Betrachten der Veröffentlichungen in der Tagespresse des Jahres 1933 fällt dem Leser sofort ein gravierender Unterschied zwischen den Artikeln aus der „rechten“ gleichgeschalteten Presse und den Berichterstattungen aus den oppositionellen Medien, beispielsweise dem *Neuen Vorwärts*, auf. Aus der Emigration – der *Neue Vorwärts* erschien zu dieser Zeit schon in Prag bzw. Karlsbad – wurden die gesamten Vorgänge während dieser Tage als eine einzige Aneinanderreihung von Greuelthaten beschrieben. In diesem Zusammenhang stellen die Ereignisse im Hause Schmaus nur den Kulminationspunkt dar, ab dem die SA-Männer endgültig jegliche Hemmungen ablegten.<sup>21</sup>

Bei der nationalen Presse hingegen standen die Ereignisse im Hause Schmaus im Mittelpunkt. Zwar wurde in *Der Angriff*, in der Ausgabe vom 23. Juni 1933, der offizielle Anlaß für die gemeinsame Aktion von Polizei und SA bekanntgegeben, nämlich das Verbot und die gleichzeitige Auflösung der Nationalen Kampftruppe. Daß von der Aktion aber größtenteils willkürlich Sozialdemokraten und Kommunisten betroffen waren, war den Verlautbarungen nicht zu entnehmen. Die Aktion sei notwendig, so die offizielle Erklärung, auf Grund der an ehemalige KPD-Mitglieder erfolgten Anweisung, den nationalen Verbänden beizutreten und sie auf diese Weise marxistisch zu unterwandern. Dabei bestehe die Gefahr, daß die Kampftruppe „[...] den planmäßig kommunistischen Zersetzungsbestrebungen, denen sie wohl auch infolge in dieser Hinsicht mangelnder Erfahrung und Einsicht ihrer Führungen nicht den erforderlichen Widerstand entgegengesetzten, alsbald völlig erlegen [...]“ sein werden.<sup>22</sup> Im Zentrum der regionalen Berichterstattung standen die Ereignisse, die sich am späten Abend des 21. Juni 1933 in der Alten Dahlwitzer Straße 2, in der Nähe des S-Bahnhofs Köpenick, im Hause der Familie Schmaus ereignet hatten.

Viele Tageszeitungen berichteten in den folgenden Tagen ausführlich, zum Teil sogar auf der Titelseite, über die Vorfälle in Köpenick. „Schwere politische Bluttat in Köpenick – Zwei SA-Männer und ein Zivilist bei einer Waffenbeschlagnahme erschossen“ titelte die *Deutsche Tageszeitung* am Morgen des 22. Juni.<sup>23</sup> Am 23. Juni erschien auf dem *Völkischen Beobachter* die Schlagzeile: „Vierfacher marxistischer Mord in Köpenick“.<sup>24</sup> Andere Überschriften lauteten: „SA-Leute niedergeschossen – Feuerüberfall in Köpenick“<sup>25</sup> in der *Vossischen Zeitung*, und „Dreifacher politischer Mord“<sup>26</sup> war auf dem Titelblatt des *Der Angriff* zu lesen. Daß dabei die Darstellung von Fakten gegen die Wiedergabe von Gerüchten und Spekulationen getauscht wurde, läßt sich an den vielen unterschiedlichen Versionen des Ablaufs der Geschehnisse in der Alten Dahlwitzer Straße 2 erkennen.

So gibt es allein drei voneinander divergierende Aussagen über die Standorte der Verletzten, bzw. erschossenen SA-Männer und des Schützen Anton Schmaus. In der *Deutschen Tageszeitung* wurde der Vorgang wie folgt geschildert: Während die SA-Männer gerade das Haus der Familie Schmaus mit der letzten Kiste der bei der Razzia

21 Der Mordterror der Faschisten in Köpenick bei Berlin. In: Rundschau über Politik, Wirtschaft und Arbeiterbewegung; Nr. 26 v. 28.07.1933 (Basel).

22 Kampftruppe verboten, *Der Angriff*, 21.06.1933.

23 *Deutsche Tageszeitung*. Berlin, Nr. 170 v. 22.06.1933.

24 Vierfacher marxistischer Mord in Köpenick. In: *Völkischer Beobachter*, Ausgabe A/Norddeutsche Ausgabe hrsg. in Berlin, Nr. 174 v. 23.06.1933.

25 SA-Leute niedergeschossen – Feuerüberfall in Köpenick. In: *Vossische Zeitung* Nr. 295 v. 22.06.1933, Morgen Ausgabe.

26 Dreifacher politischer Mord. In: *Der Angriff* Nr. 144 v. 22.06.1933.

beschlagnahmten Waffen und Munition verlassen und sich auf der Außentreppe des Hauses befunden hätten, sei die Tür hinter ihnen noch einmal aufgegangen und mehrere Schüsse auf sie abgegeben worden. Daraufhin hätte sich eine lebhafte Schießerei entwickelt, in deren Folge dann ein SA-Mann und ein unbeteiligter Zivilist erschossen worden seien.<sup>27</sup> In der *Vossischen Zeitung* hingegen hieß es: „[...] Als sie die zum Schlafzimmer führende Treppe in den ersten Stock hinaufstiegen, trat plötzlich der 23 jährige Anton Schmaus [...] vor die Tür und gab aus einer Pistole acht bis zehn Schüsse auf die Hilfspolizeibeamten ab [...]“.<sup>28</sup> Diese Version unterscheidet sich rein formal nicht von der, die der *Völkische Beobachter* am 23. Juni veröffentlichte: Die SA-Männer „[...] waren eben dabei das Obergeschoß hinaufzugehen, als plötzlich eine Zimmertür aufging und hintereinander etwa acht bis 10 Schüsse fielen [...]“.<sup>29</sup> Allerdings wird dem Leser hier suggeriert, daß die Schüsse hinterrücks, durch die eventuell nur leicht geöffnete Tür, auf die völlig ahnungslosen Hilfspolizisten der SA abgegeben wurden und die so nicht einmal die Chance gehabt hätten, sich zu verteidigen.

Wie subjektiv und mit Intentionen angereichert die Berichterstattung über den Abend des 21. Juni 1933 war, läßt sich schon beim genaueren Betrachten der einführenden Zeilen der Artikel über den Fall Schmaus erkennen. So hieß es: „[...] In der Alten Dahlwitzer Straße in Köpenick befindet sich eine Siedlung, die meist aus Einfamilienhäusern besteht und in der zahlreiche sozialdemokratische Gewerkschaftssekretäre und Funktionäre wohnen [...]“<sup>30</sup>, oder: „[...] Bei einer Durchsuchung der Landhaussiedlung in der Alten Dahlwitzer Straße in der Nähe des Bahnhofs Köpenick, wo viele ehemalige Gewerkschaftsbeamte in Eigentum wohnen [...]“.<sup>31</sup> Der *Völkische Beobachter* schrieb: „[...] Das Haus des Funktionärs Schmaus ist ein feines Grundstück, auf dem dieser mit seiner Frau und seinem 29 Jahre alten Sohne Anton lebt [...]“.<sup>32</sup> Mit der eigentlich nebensächlich erscheinenden Information, daß in der Alten Dahlwitzer Straße viele Sozialdemokraten und ehemalige Gewerkschaftsfunktionäre in ihren eigenen Häusern mit Grundstücken wohnen, wird auf subtile Art angedeutet, daß die angeblichen Arbeitervertretergruppen aus den Gewerkschaften und der SPD selber nicht wie einfache Arbeiter wohnen würden. Diese hätten das eigene Leben verbessert, statt sich um das Wohl des normalen Arbeiters zu kümmern.

Auch darüber, wie es nun gelang, Anton Schmaus‘ habhaft zu werden, gibt es deutliche Unterschiede in der Berichterstattung. In *Der Angriff* hieß es: „[...] nach einer aufregenden Jagd konnte Schmaus von einer Streife des Motorsturm I/15 vor der Polizeiunterkunft Köpenick eingeholt werden [...]“.<sup>33</sup> Im *Völkischen Beobachter* hingegen fand man „[bei] der Durchsuchung des Hauses [...] im Schlafzimmer den 29 Jahre alten Anton Schmaus vor. Er war, wie er bei der Polizei angab, der Revolverschütze [...]“.<sup>34</sup> Historisch korrekt dürfte hingegen eine in den nationalen Druckerzeugnissen nicht aufgegriffene Variante sein, wonach Anton Schmaus zunächst flüchtete und sich gegen 0.20 Uhr freiwillig in den Gewahrsam der Köpenicker Polizei begab, um nicht in die Hände der SA zu fallen.<sup>35</sup> Dort gab er seine Aussage zu dem Zwischenfall im Haus seiner Eltern zu Protokoll: „Ich ging hinunter und sah mehrere SA-Leute auf

27 Schwere Bluttat. In: Deutsche Tageszeitung v. 22.06.1933.

28 Drei Todesopfer in Köpenick – Täter verhaftet. In: Vossische Zeitung Nr. 296 v. 22.06.1933, Abend Ausgabe.

29 Marxistischer Mord. In: Völkischer Beobachter v. 23.06.1933.

30 Schwere Bluttat. In: Deutsche Tageszeitung v. 22.06.1933.

31 Drei Todesopfer. In: Vossische Zeitung v. 22.06.1933.

32 Marxistischer Mord. In: Völkischer Beobachter v. 23.06.1933.

33 Dreifacher Mord. In: Der Angriff v. 22.06.1933.

34 Marxistischer Mord. In: Völkischer Beobachter v. 23.06.1933.

35 König: Köpenick, S. 66.

dem Flur und der Treppe stehen. Ich rief: ‚Was wollt ihr hier?‘ Da sagte ein SA-Mann und zwar der, der am Schalter stand: ‚Da ist er ja.‘ Ich ging sofort nach oben, holte eine in einer Wärmflasche befindliche geladene Pistole und rannte nach unten. Während des Hinabsteigens von der Treppe gab ich die Schüsse auf die dort stehenden SA-Leute ab. Es waren nur einige Schüsse, die ich gezielt abgeben konnte, die anderen habe ich ziellos abgegeben, um mir den Weg nach außen zu bahnen [...].<sup>36</sup>

Auch die Eltern von Anton Schmaus finden Erwähnung in den Tageszeitungen. So wurde in *Der Angriff*<sup>37</sup> und in der *Vossischen Zeitung*<sup>38</sup> davon gesprochen, daß, nachdem die SA-Männer das Haus betreten hatten, Frau Schmaus ihren Sohn mit den Worten ‚Anton, schieß doch!‘ aufgefordert haben soll, auf diese zu feuern. Über den Tod von Johann Schmaus, der erhängt im Schuppen seines Hauses gefunden wurde, hieß es in der *Vossischen Zeitung*, ohne die tatsächlichen Umstände zu kennen, mit voller Gewißheit: ‚[...] Er hat aus Verzweiflung über die Tat seines Sohnes Selbstmord verübt [...]‘.<sup>39</sup> Der heutige Forschungsstand geht davon aus, daß Schmaus stark mißhandelt und anschließend ein Selbstmord fingiert wurde.<sup>40</sup>

Während der Tod der von Anton Schmaus erschossenen SA-Männer und der dazu führende Tathergang ein starkes Echo in den Medien fand, deutete in der offiziellen Berichterstattung nichts auf die nun einsetzende zügellose Gewalt in den SA-Sturmlokalen und im Amtsgefängnis Köpenick hin. Die einzigen Bemerkungen, die sich im Nachhinein dem Wüten der SA zuordnen lassen, sind beiläufige Berichte über nichtidentifizierte Leichenfunde in den Gewässern der näheren Umgebung.<sup>41</sup> Die durchaus unterschiedlichen Angaben zu den Ereignissen vom 21. Juni in den verschiedenen Tageszeitungen lassen darauf schließen, daß die Berichterstattung diesbezüglich nicht zentral gelenkt wurde. Dies ist auf Grund der Kürze der Zeit zwischen der Tat in der Nacht und dem Erscheinen der Zeitungen am Morgen anzunehmen. Falls dies doch der Fall gewesen ist, so scheinen nur geringe Mengen an Informationen weitergegeben worden zu sein, so daß den jeweiligen Blättern noch genug Spielraum blieb, die Artikel mit ergänzenden, frei erfundenen Details anzureichern. Gerade diese freiwilligen Ausschmückungen des Tathergangs zugunsten der SA-Männer deuten an, wie sehr die Presse schon vor dem System kapituliert hatte. Die Freizügigkeit, mit der hier Fakten mit rein der Phantasie entsprungenen Aussagen verbunden wurden, zeugt von einer Freiwilligkeit zur Manipulation, die gerade, wenn sie nicht von übergeordneten Stellen angeordnet wurde, auf eine starke Ausprägung von vorauseilendem Gehorsam hindeutet. Solche Methoden sind, beim *Völkischen Beobachter* oder beim *Stürmer* angewandt, nicht weiter verwunderlich. Daß sich jedoch auch die *Vossische Zeitung* als ein eigentlich einflußreiches liberales Blatt des Bürgertums an dieser Kampagne beteiligte, offenbart die politischen und gesellschaftlichen Zustände dieser Zeit in Deutschland nur allzu deutlich.

Im Gegensatz zu den scheinbar unkoordinierten Meldungen über den Tod der zwei erschossenen SA-Männer waren ihre Beisetzung und die dazugehörige Trauerfeier bis ins kleinste Detail durchdacht. Kein Wunder, sollten doch die Berichte über das

36 Zitiert nach König: Köpenick, S. 66.

37 Dreifacher Mord. In: *Der Angriff* v. 22.06.1933.

38 Haussuchungen in Köpenick. In: *Vossische Zeitung* Nr. 397 v. 23.06.1933, Morgen Ausgabe.

39 Ebd.

40 Wörmann: *Widerstand*, S. 20.

41 Leichenfund am Teltowkanal. In: *Vossische Zeitung* Nr. 303 v. 27.06.1933, Morgen Ausgabe; Mord in der Zerpenschleuse. In: *Vossische Zeitung* Nr. 307 v. 29.06.1933, Morgen Ausgabe; Mordkommission in Köpenick – Wieder ein Leichenfund. In: *Vossische Zeitung*, Berlin, Nr. 312 v. 01.07.1933, Abend Ausgabe; vgl. Geheimnisvoller Leichenfund in Köpenick. In: *Niederbarnimer Zeitung* v. 03.07.1933.

Staatsbegräbnis der beiden „[...] von marxistischer Mörderhand gefallenen [...]“<sup>42</sup> Robert Gleuel und Walter Apel einen wesentlichen Beitrag zur öffentlichen Wirkung der Inszenierung beitragen.

Die sofort an den Schüssen verstorbenen SA-Männer erhielten ein Staatsbegräbnis, bei dem Vertreter aus vielen Institutionen von Staat, Partei und Kirche vertreten waren. Ort der Trauerveranstaltung war das SA-Sturmlokal Seidler in Uhlenhorst, auf dessen Sportplatz zahlreiche Formationen verschiedenster NS-Parteiorganisationen zu angeblich „[...] Tausende[n] und aber Tausende[n] bereits aufmarschiert [...]“ waren. Bei der Überführung der Toten nach Uhlenhorst: „[...] [D]urch lange Straßen hindurch, an endlosen Menschenmauern vorüber führt der traurige Zug. Schweigend heben sich die Arme zum letztem Gruß [...]“<sup>43</sup> Wie auf abgedruckten Fotos zu erkennen ist, wurde die Ehrenformation der an den aufgebahrten Särgen wachenden Männer von SA-Leuten und normalen Polizisten gebildet.<sup>44</sup> „[...] Zwischen Lorbeerbäumen leuchteten die Büsten der beiden SA-Männer hervor [...]“<sup>45</sup> In der Traueransprache finden dann auch die Mythen der Schlachten von Langemarck<sup>46</sup> und vom Thermopylenpaß<sup>47</sup> Erwähnung. Auch Joseph Goebbels, der neben anderen Persönlichkeiten wie Prinz August Wilhelm von Preußen<sup>48</sup> bei diesem Staatsbegräbnis anwesend war, ergriff das Wort, um die fundamentale Rolle der SA in den Aufstiegsjahren der NSDAP zu unterstreichen.<sup>49</sup> Den Abschluß dieser inszenierten Massenveranstaltung bildete die Überführung der Toten zum Friedhof in der Rudower Straße in Köpenick. Hier wurden die Leichen von Gleuel und Apel gemeinsam in einer Gruft beigesetzt. Der Vorbeimarsch der kondolierenden Menge an der Gruft habe mehrere Stunden in Anspruch genommen und sei erst durch den Einbruch der Dunkelheit beendet worden.<sup>50</sup> Damit die Menschen die Erschossenen nicht vergessen und sie tausend Jahre im Gedächtnis ihres Volkes bleiben würden, benannte man den Dahlwitzer Platz in „Robert Gleuel-Platz“ und die Alte Dahlwitzer Straße in „Walter-Apel-Straße“ um.<sup>51</sup>

Am deutlichsten kommt das Bild, das die Nationalsozialisten von den beiden erschossenen SA-Leuten erzeugen wollten, wohl im Nachruf zum Ausdruck, der am 27. Juni in der Beilage des *Der Angriff* gedruckt wurde. Zudem bekommt man in diesem Ausschnitt auch einen guten Eindruck der melancholischen Romantik für Helden, mit der die NS-Bewegung versuchte, die Herzen der Menschen zu gewinnen. Dieser gefühlbetonten Atmosphäre wird dann direkt die mit Beschimpfungen gespickte Charakterbeschreibung der Täter entgegengestellt, um durch den Kontrast die Wirkung noch einmal zu verstärken. An dieser Stelle läßt sich sehr gut erkennen, wie die Nationalsozialisten versuchten, Emotionen zu manipulieren: „[...] Sie waren beide gute, brave Männer in der deutschen Befreiungsarmee, aber sie waren mehr: pflichtbewußte, heldische, disziplinierte Kämpfer, die Tag und Nacht bereitstanden, für Führer, Volk und

42 Staatsbegräbnis für die erschossenen SA-Männer. In: Deutsche Tageszeitung. Berlin Nr. 175 v. 27.06.1933.

43 Zwei der Besten zur letzten Ruhe gebracht. In: Niederbarnimer Zeitung, Band II, v. 27.06.1933.

44 Die Trauerfeier für die ermordeten Köpenicker SA-Leute. In: Niederbarnimer Zeitung, Band II, v. 27.06.1933.

45 Staatsbegräbnis. In: Deutsche Tageszeitung v. 27.06.1933.

46 Ebd.

47 Zwei der Besten. In: Niederbarnimer Zeitung v. 27.06.1933.

48 Staatsbegräbnis. In: Deutsche Tageszeitung v. 27.06.1933.

49 Zwei der Besten. In: Niederbarnimer Zeitung v. 27.06.1933; allerdings unterscheidet sich hier auch der genaue Wortlaut der Goebbels-Ansprache in den einzelnen Blättern; vgl.: Art.: Das Staatsbegräbnis für die SA-Leute – Eine Rede von Dr. Goebbels. In: Vossische Zeitung Nr. 303 v. 27.06.1933, Morgen Ausgabe.

50 Staatsbegräbnis. In: Deutsche Tageszeitung v. 27.06.1933.

51 Zwei der Besten. In: Niederbarnimer Zeitung v. 27.06.1933.

Vaterland das ganze Ich bis zum letzten Tag und Nacht einzusetzen. [...] Diese ganze Stadt wird von einem milden Sonnenschein überhaucht, den nur manchmal Wolkenfetzen trüben, als läge ein Trauerschleier im Blick einer dulddenden Mutter. Wir standen vor dem Mordhaus und legten rote Rosen nieder und empfanden die Tragik der Stunde genauso stark wie ihren wegweisenden Stolz. Eine verhetzte Frau spornte einen verkommenen Burschen zu ruchloser Tat und vernichtete damit nicht nur blühende Menschenleben [...].<sup>52</sup>

Die lokalen Nationalsozialisten erhofften sich von der Tat des Anton Schmaus nicht nur die ideologische Festigung der Bevölkerung. Sondern sie forderten die Bürger des Bezirks auch in dreister Art auf, den Familien der erschossenen SA-Männer materielle Zuwendungen zukommen zu lassen. „Aufruf an alle Einwohner Friedrichshagens! Dem Meuchelmord verhetzter Marxisten sind wieder 3 SA-Kameraden zum Opfer gefallen. Sie starben für uns. Sie haben allzu früh den Kreis ihrer Familien verlassen müssen. Sie gaben ihr bestes, ihr Leben. Sie opferten sich selbst! – Und wir? – Wir sind verpflichtet ihnen zu danken und unsere Verbundenheit mit den Hinterbliebenen zu beweisen. Ich erwarte von den Einwohnern Friedrichshagens tatkräftige Mithilfe für die Familien der gefallenen Köpenicker SA-Männer. Die Toten verlangen Opfer! Geldspenden sind zu zahlen an [...].“<sup>53</sup> Ähnlich nötigend drückte sich auch Plönzke, Truppführer des SA-Sturms I/15, in seinem Aufruf aus: „[...] Wir fordern daher alle Volksgenossen auf, ihr Scherflein dazu beizutragen und sich der Toten würdig zu erweisen. Jeder Beitrag, auch der kleinste, wird dankbar entgegen genommen. Doppelt gibt, wer schnell gibt [...].“<sup>54</sup>

Diese Spendenaufrorderungen, die nicht unmittelbar nach dem Ereignis im Hause Schmaus veröffentlicht wurden, sondern erst sechs bzw. neun Tage später, könnten als ein Zeichen dafür gedeutet werden, daß die Anteilnahme der normalen Bevölkerung, fernab von jedweder staatlich gelenkten Trauerbekundung, nicht allzu groß war. Eine solche Reaktion der Einheimischen wäre nach den Aktionen der SA während der „Köpenicker Blutwoche“ nicht verwunderlich. Die Vorfälle fanden zwar keine Erwähnung in den Medien, konnten vor den Augen der Einwohner Köpenicks aber nicht ansatzweise verborgen geblieben sein. Ein weiteres Indiz dafür, daß trotz aller Sondersendungen im Radio<sup>55</sup>, posthumen Beförderungen<sup>56</sup>, etc. die Stimmung in der Öffentlichkeit sich dem gewünschten Bild nicht allzu sehr angepaßt hatte, könnte eine in der *Niederbarnimer Zeitung* veröffentlichte Beschwerde der NSDAP-Ortsgruppe Friedrichshagen sein: „Bedauerlich ist, wie wenige Fahnen bisher aus Anlaß der gefallenen SA-Kameraden mit Trauerflor geschmückt worden bzw. auf Halbmast gesetzt worden sind. Jede Hakenkreuzfahne muß dieses Zeichen der Trauer aufweisen! [...] Es sollte eigentlich gar nicht nötig sein, auf diese Pflicht der Ehrbezeugung gegenüber den gefallenen Kämpfern für das neue Deutschland besonders hinzuweisen. Auch sollte jeder Bewohner des 16. Bezirks durch eine Florbinde um den Arm seiner Trauer Ausdruck geben [...].“<sup>57</sup>

52 Sie verstanden wie Männer zu sterben! – Zwei Vorbilder. In: Der Angriff, Nr. 148 v. 27.06.1933, 1. Beilage.

53 Zwei der Besten. In: *Niederbarnimer Zeitung* v. 27.06.1933.

54 Aufruf!. In: *Vossische Zeitung* Nr. 309, v. 30.06.1933, Morgen Ausgabe.

55 Die Bluttat in Köpenick – Selbstmord des Gewerkschaftssekretärs Schmaus. In: *Vossische Zeitung*, Nr. 397, v. 23.06.1933, Morgen Ausgabe; Die Toten verpflichten. In: *Der Angriff* Nr. 145; Trauer um die erschossenen SA-Leute. In: *Deutsche Tageszeitung*, Nr. 171, v. 23.06.1933.

56 S-Sturmbann 15 ehrt seine Toten. In: *Der Angriff* Nr. 148 v. 27.06.1933, Beilage.

57 Trauerflaggen!. In: *Niederbarnimer Zeitung*, Band II, v. 25.06.1933.

Eine weitere Möglichkeit zur propagandistischen Nutzung bot sich den Nationalsozialisten durch den Tod des dritten SA-Manns Franz Klein, der seinen Verletzungen nach mehreren Tagen im Krankenhaus erlag. So berichtete der *Völkische Beobachter* ausgiebig vom Besuch Joseph Goebbels' am Krankenbett des um sein Leben ringenden Klein. Anscheinend war dieser gerade noch rechtzeitig gekommen, um einen ganz besonderen Beweis für die Liebe des Sterbenden zu Führer und Partei zu erhalten: „[...] Seine Augen leuchteten noch einmal, als er [Goebbels] bat, den Führer zu grüßen [...]“.<sup>58</sup> Aus heutiger Sicht wirkt ein so offen zur Schau gestelltes Pathos sicher eher unglaubwürdig. Allerdings entspricht die hier dargestellte Glorifizierung durchaus der gängigen Praxis des NS-Regimes. Dafür, daß diese Aussage über die angeblich letzten Worte Kleins der Wahrheit ebenso entsprach wie die hohe Zahl an Menschen, die an der Beerdigung von Gleuel und Apel teilgenommen haben sollen, könnte der Eintrag sprechen, den Joseph Goebbels am 27. Juni 1933 in seinem Tagebuch notierte: „[...] Zum Staatsbegräbnis der 2 ermordeten S.A. Leute. Mindestens 100 000 Menschen unterwegs. Ganz Groß und sehr ergreifend. Ich rede am Grabe. Im Krankenhaus bei dem schwerverletzten S.A. Mann Klein. Er wird kaum durchkommen. Entsetzlich, wie er mit dem Tode ringt. Er lallt Grüße an den Führer [...]“.<sup>59</sup> Allerdings, so Peter Longerich in seiner jüngst erschienenen Goebbels-Biographie, stellen die Tagebücher Goebbels' dessen Versuch dar, „[...] eine Hauptquelle für eine später zu schreibende Geschichte des Nationalsozialismus zu schaffen und dabei insbesondere die künftige Interpretation seiner eigenen historischen Rolle massiv zu beeinflussen, wenn nicht zu kontrollieren“.<sup>60</sup> Goebbels ging also davon aus, daß seine Tagebuchaufzeichnungen eines Tages als Quelle des Nationalsozialismus behandelt werden würden, und konzipierte sie dementsprechend.

Des weiteren ging der *Völkische Beobachter* auf die Herkunft und auf die genomene Zukunft des Erschossenen ein: „[...] Seit dem 1. Mai 1932 war der Verstorbene S.A.-Mann. Er erlebte also die Zeit, wo seine Kameraden und er wie die Wölfe gejagt wurden [...]. Ein neues, glänzendes Land lag vor ihm, das er mit aller Inbrunst liebte, und in dem er in Frieden und mit Kraft seine jungen Hände zur Arbeit regen wollte. Die Kugel eines Mörders hat diese jungen Arbeiterhände still gemacht, alles Licht ist aus den Augen des begeisterten jungen Menschen genommen [...]“.<sup>61</sup> Bei dieser Charakterisierung fällt neben der üblichen heldischen Verehrung des SA-Soldaten als eines Kämpfers für die deutsche Nation der Versuch auf, den Verstorbenen als einen Arbeiter zu deklarieren, wie er auf den ersten Blick eher der Anhängerschaft von KPD oder SPD zuzuordnen wäre. Auffällig ist hier das Datum seines angeblichen Eintritts in die SA. Durch Angabe des 1. Mai 1932 werden zweierlei Fakten über den Toten ausgesagt. Einmal findet sein Eintritt in die SA am Tag der Arbeit statt, womit er als stolzer Vertreter der Arbeiterklasse identifiziert werden kann. Zum anderen wird durch den Eintritt im Jahre 1932 signalisiert, daß er kein Opportunist war, der sich, wie so viele andere, erst nach der „Machtergreifung“ durch die NSDAP 1933 der Bewegung angeschlossen hatte. Analog dazu wird die NSDAP als die wirkliche Interessensvertretung der Arbeiter benannt, im Gegensatz zur marxistischen SPD: So war der Ermordete „[...] selbst ein Arbeiter. Einer, dessen Partei immer das große Wort Arbeiter im Munde führte, ein Marxist hat ihn niedergeschossen [...]“.<sup>61</sup>

---

58 Das dritte Todesopfer der S.A. in Köpenick. In: *Völkischer Beobachter* Nr. 179 v. 28.06.1933.

59 Die Tagebücher von Joseph Goebbels. Hrsg. v. Elke Fröhlich, Teil I, Band 2/III, Oktober 1932 – März 1934, bearb. v. Angela Hermann. München 2006, S. 216.

60 Longerich, Peter: *Goebbels. Biographie*. München 2010, S. 697 f.

61 Das dritte Todesopfer. In: *Völkischer Beobachter* v. 28.06.1933.

Wie aus dem ausgewerteten Material ersichtlich wird, waren die Trauerfeierlichkeiten und alle anderen Bestrebungen, die in Köpenick getöteten SA-Männer zu Märtyrern zu machen, durchaus geplant und inszeniert. Ganz im Gegenteil zu den ersten Berichten über die Ereignisse im Hause Schmaus, in denen viele unterschiedliche und zum Teil widersprüchliche Fakten benannt wurden. Die anschließenden Rituale hingegen, wie das Begräbnis und dessen Begleiterscheinungen, wurden ganz bewußt geplant und sollten ihre propagandistische Wirkung nicht verfehlen. Aus diesem Blickwinkel betrachtet, kam der Tod der SA-Männer dem Propagandaministerium bestimmt nicht ungelegen, zumal der Täter Sohn eines Gewerkschaftsfunktionärs war. Diese Konstellation von sozialdemokratischem Schützen und dem Opfer Ernst Klein, einem NSDAP-Mitglied, das sich so wunderbar zu einem klassenbewußten Arbeiter verklären ließ, wußte man, in der Zeit des Verbots der SPD<sup>62</sup>, geschickt zu nutzen.

Gleichzeitig aber veröffentlichte der Stellvertreter des Führers, Rudolf Heß, eine „Warnung vor Spitzeln“<sup>63</sup>, in der er bekanntgab, daß Spitzel in die NSDAP eingeschleust worden seien, um SA- und SS-Männer zu grausamen Mißhandlungen zu verleiten, die dann zur Diffamierung der gesamten Bewegung benutzt werden könnten. Deshalb drohte er auch allen NSDAP-Mitgliedern mit Parteiausschluß und KZ, sollten sie auf derartige Provokationen hereinfallen. Dieser Aufruf deutet an, daß die Menschen noch nicht bereit waren, die vielen willkürlichen Aktionen der SA im gesamten Reichsgebiet, wozu auch die Ereignisse der „Köpenicker Blutwoche“ zählten, so einfach hinzunehmen. Zum einen beabsichtigte Heß mit seinem Aufruf, die von der SA begangenen Körperverletzungen und Mißhandlungen als Taten von oppositionellen Unterwanderern darzustellen, die mit dem Aufhetzen anderer SA-Männer der Außendarstellung der SA und der NSDAP schaden wollten. Zum anderen wollte er der Öffentlichkeit zeigen, daß die brutalen Szenen, die sich abgespielt hatten, nicht den Anordnungen entsprachen, die die Partei- oder SA-Führung erteilt hatte.

Allerdings wurde mit diesem indirekten Eingeständnis, die SA sei von ideologischen Feinden unterwandert, die ganze Aktion gegen den Nationalen Kampfring und deren fadenscheinige Begründung der Infiltration durch die Opposition ad absurdum geführt.

Viele der oben genannten Details, ob nun Staatsbegräbnis, pathetische Nachrufe oder Umbenennungen von Straßen sowie Plätzen, deuten daraufhin, daß die Behörden, allen voran das Propagandaministerium, versuchten, aus den drei ermordeten SA-Männern aus Köpenick Märtyrer zu machen. Ähnlich wie Horst Wessel oder die Toten des Marsches von München 1923, sollten wahrscheinlich auch Gleuel, Apel und Klein ein Teil der zumindest regionalen Geschichte der NS-Bewegung und ihrer Blutopfer werden, die den Nachgeborenen als Vorbild dienen würde.

Trotz der minutiös geplanten Trauerfeier mit hoher Staats- und Parteiprominenz sowie deren überregionaler Berichterstattung, fand der Tod der SA-Leute später kaum noch Erwähnung. Weder in den zahlreichen Sammelbänden über die Blutopfer der nationalsozialistischen Bewegung noch in den *Nationalsozialistischen Monatsheften* ist eine Spur der Ereignisse in Köpenick zu finden. Diese Tatsache läßt den Schluß zu, daß zwar beabsichtigt wurde, aus den Köpenicker Geschehnissen eine Märtyrerlegende zu stricken, dies jedoch nicht in die Tat umgesetzt wurde. Dafür lassen sich mehrere Gründe anführen.

---

62 Das Verbot der SPD. In: Groß-Berliner Ost-Zeitung. Tageblatt für Friedrichshagen, Nr. 144 v. 23.06.1933; vgl. Kapitel 2.1.1.

63 Warnung vor Spitzeln – Eine Bekanntmachung von Heß. In: Vossische Zeitung Nr. 349 v. 23.07.1933, Morgen Ausgabe.

Wie oben erwähnt, scheint die Anteilnahme der Bevölkerung in Köpenick nicht besonders hoch gewesen zu sein. Auch die vielen Proteste bei höheren Institutionen durch Personen, die dem Arbeitermilieu oft nicht sehr nahestanden, wie Ärzten<sup>64</sup>, oder anonyme Schreiben aus Teilen der Bevölkerung an die SA-Täter<sup>65</sup>, legen den Gedanken nahe, daß die Menschen sehr wohl verstanden, was auf den Straßen Köpenicks vor sich ging. Die sich abspielenden Grausamkeiten hatten sogar die Führung der NSDAP-Ortsgruppe dazu bewegt, sich bei höheren Stellen zu beschweren.<sup>66</sup> Bei einer relativ breiten Verwurzelung der Bevölkerung in der Arbeiterbewegung (38,3 Prozent wählten bei den Kommunalwahlen am 12. März 1933 KPD oder SPD) und den tagelangen Verbrechen der SA, die sich gar keine Mühe gab, die Grausamkeiten vor der Öffentlichkeit zu verbergen, ist es durchaus vorstellbar, daß die Propaganda der Partei kaum auf fruchtbaren Boden fiel. Wahrscheinlicher ist sogar, daß man sich ab einem gewissen Zeitpunkt bemühte, die Ereignisse der „Köpenicker Blutwoche“ nicht mehr zu thematisieren, um die Bürger nicht noch mehr gegen sich aufzubringen. Dazu paßt auch, daß von höheren Gestapo-Stellen beschlossen wurde, die Haupttäter für eine Weile aus Köpenick zu entfernen.<sup>67</sup> Schließlich führte unter anderem auch der gesteigerte Anspruch der SA auf Teilhabe an der neuerrungenen Macht zum sogenannten Röhm-Putsch am 30. Juni 1934, durch den sich NSDAP, SS und Reichswehrführung der lästig gewordenen Berufsrevolutionäre der SA entledigten. Hierbei spielte, neben anderen gewichtigen Gründen, auch der Versuch eine entscheidende Rolle, der Öffentlichkeit den Eindruck zu vermitteln, man werde für Ruhe und Ordnung sorgen und Gewaltexzesse wie 1933 verhindern.<sup>68</sup>

#### *Prozeßberichte aus dem Jahre 1950 – ideologische Inanspruchnahme durch die Tagespresse*

Der folgende Abschnitt beschäftigt sich ausgiebig mit der Berichterstattung der Presse zu den Strafprozessen, die sich um die Aburteilung der Täter bemühte, die für die Greuelthaten während der „Köpenicker Blutwoche“ verantwortlich waren. Hauptsächlich werden Presseauschnitte herangezogen, die während des großen Prozesses „[...] gegen Plönzke und andere [...]“ publiziert wurden, da dies der Prozeß gegen die Haupttäter war.

Ein Grundmerkmal, das einem beim Lesen der Zeitungsartikel immer wieder begegnet, ist der oft ähnliche Aufbau der Mitteilungen über den Verlauf des Prozesses. So beginnen viele Artikel mit einem Bericht über den Prozeß, indem über die gerade abzuurteilenden Angeklagten, ihren Werdegang im „Dritten Reich“ und die ihnen zur Last gelegten Taten berichtet wird. Unterstützt und ergänzt wird dies durch Zeugnisaussagen der Opfer, sowie deren Leidensweg im Juni 1933. Für unsere Betrachtung von größerem Interesse ist jedoch der oft im hinteren Teil der Artikel zu findende Abschnitt, in dem nur allzu gerne der Bogen von der „Köpenicker Blutwoche“ zu der damals aktuellen politischen Agenda gespannt wurde. Auf dieses Schema, bei dem sich der Inhalt des Artikels von der Information über die aktuellen Ereignisse aus dem Gerichtssaal, bis hin zu Anklage und Beschimpfung gegenwärtiger politischer Gegner zieht, wird nicht grundsätzlich, jedoch überwiegend zurückgegriffen.<sup>69</sup>

64 Wörmann: Widerstand, S. 34.

65 Ebd., S. 33.

66 Flick, Günter G.: Die Köpenicker Blutwoche. Fakten, Legenden, politische Justiz. In: Zeitschrift des Forschungsverbundes SED-Staat, 21 (2007), S. 3–17, S. 11.

67 König: Köpenick, S. 72.

68 Bauer, Kurt: Nationalsozialismus. Wien 2008, S. 235–244.

69 Bspw.: Die brutalsten Schläger laufen frei herum – Westdeutsche Justiz schützt Köpenicker Nazi-Verbrecher/Strafkammer verhandelt in Abwesenheit. In: Nacht-Express, Nr. 152 v. 04.07.1950;

Die publizistischen Attacken richteten sich zu großen Teilen gegen sozialdemokratische Funktionäre aus West-Berlin oder Westdeutschland. Im Konkreten wirft man ihnen immer wieder vor, nach West-Berlin und Westdeutschland geflüchtete Täter, denen in der DDR der Prozeß gemacht werden sollte, zu schützen und sie nicht auszuliefern. In einem Artikel des *Neuen Deutschland*, in dem es um die Auslieferung des als Giftlieferant der SA angeklagten Gerhard Schulz ging, der nach dem Krieg unbescholten in Maßbach an der Sieg lebte, heißt es: „[...] Gewissenlose SPD-Minister, die alle Anträge auf Auslieferung der flüchtigen SA-Mörder in den Papierkorb warfen, haben sich damit deutlicher vielleicht als je zuvor vor ihren Mitgliedern und vor der Öffentlichkeit selbst entlarvt [...]“<sup>70</sup>. Nicht nur die Partei als abstraktes Gebilde wird angegangen, sondern auch konkrete Politiker: „[...] Obwohl das Blut zahlloser SPD-Mitglieder an den Händen dieser Bestien klebt, verweigert bekanntlich der Innenminister Nordrhein-Westfalens, Menzel (SPD!), die Auslieferung der Mörder seiner Parteifreunde an die demokratische Justiz [...]“<sup>71</sup>. In einem Artikel der *Täglichen Rundschau* vom 8. Juli 1950 wird der hessische Ministerpräsident Christian Stock sogar persönlich darauf angesprochen, wie sich denn seine Worte der Regierungserklärung über Christentum, Humanismus, Demokratie und Sozialismus mit Haftentlassung und Polizeischutz für auch in Westdeutschland rechtmäßig Verurteilte „Sadisten“ vereinbaren ließen.<sup>72</sup> Im gleichen Artikel werden aber auch Aussagen getroffen, die viel subtiler erscheinen. „[...] Auch diesem Mörder gelang es, aus diesem Westberliner Gefängnis zu flüchten [...]“ könnte die Vermutung nahelegen, daß es inhaftierten Naziverbrechern in Westberlin oder Westdeutschland oftmals leicht gemacht wurde, aus Gefängnissen zu „fliehen“ und sich dahinter ein politischer Wille verbergen müsse. Aus der Aussage: „[...] Genau wie der alte Fuchs Busdorf hatte auch dieser alte Kommißstiefel Liebenhagen die Mitgliedsbücher der SPD und NSDAP beide gleichzeitig in der Tasche [...]“ läßt sich leicht schließen, daß es zu Beginn der dreißiger Jahre nichts Ungewöhnliches war, gleichzeitig Mitglied in SPD und NSDAP zu sein. Ebenso wird unterstellt, daß die SPD die Politik des NS-Regimes einfach fortsetze: „[...] Die rechten sozialdemokratischen Innenminister dort halten sich anscheinend noch immer an die ‚Begnadigungen‘ von Göring [...]“.

Die Angriffe richteten sich aber auch gegen West-Berliner SPD-Politiker. So wird dem Neuköllner Bürgermeister Kurt Exner<sup>73</sup> unterstellt, daß er eine „neofaschistische Haltung“ habe, weil er „[...] alle anlässlich des Blutwochen-Prozesses geplanten Veranstaltungen der VVN [Vereinigung der Verfolgten des Naziregimes] in Neukölln kategorisch verboten hat [...]“<sup>74</sup>. Als vor dem Gericht die Tatbeteiligung des ehemaligen

---

Was verstehen sie unter Humanismus, Demokratie und Sozialismus Herr „Ministerpräsident“ Stock. In: *Tägliche Rundschau*, Nr. 157 v. 08.07.1950; Ein Arzt im Zeugenstand – Westdeutsche SPD-Minister entlarven sich selbst. In: *Neues Deutschland* v. 11.07.1950, etc.

70 Arzt im Zeugenstand. In: *Neues Deutschland* v. 11.07.1950.

71 17. Verhandlungstag im Blutwochenprozeß – „Der schwarze Hund“ von Köpenick – Haupttädel-führer werden von SPD-Minister gedeckt. In: *Neues Deutschland* Nr. 150 v. 01.07.1950.

72 Herr „Ministerpräsident“. In: *Tägliche Rundschau* v. 08.07.1950.

73 Kurt Exner wird hier auch zum Ziel für die Angriffe aus der DDR, da er sich als (Neu-)Gründungsmitglied der SPD-Sektion Prenzlauer Berg gegen die Vereinigung der SPD mit der KPD aussprach und Treffen mit in dieser Hinsicht gleichgesinnten Genossen organisierte. Im März 1949 verließ er Ostberlin auf Druck der Sowjets endgültig. Siehe dazu: Art.: Erinnerung an SPD-Wiedergründung und Zwangsvereinigung. In: *Berliner Stimme*, Juni 1985; <http://archiv.spd-berlin.de/geschichte/personen/a-k/exner-kurt/erinnerung-an-spd-wiedergruendung-und-zwangsvereinigung/> (01.06.2011); <http://archiv.spd-berlin.de/geschichte/personen/a-k/exner-kurt/kurt-exner/> (01.06.2011); Meyer, Bernhard: *Sozialdemokraten in der Entscheidung. Biographien und Chronologie*. Berlin 1994, S. 40 f.

74 Der Mörder spricht von „leichtem Training“ – Empörung im Gerichtssaal über Exners neofaschistische Haltung. In: *Tägliche Rundschau* Nr. 147 v. 28.06.1950.

Polizisten Busdorf verhandelt wurde, geriet auch der Berliner Polizeipräsident Stumm von der SPD ins Fadenkreuz der DDR-Presse. Es wurde festgestellt, daß Stumm 1933 der Abteilung IA als Kriminalkommissar angehört hatte, die formal damit beauftragt worden war, die Geschehnisse in Köpenick aufzuklären. „[...] Die Tatsache, daß Stumm 1933 die Entlarvung der Mörder seiner eigenen Genossen zu vertuschen wußte, beweist im Zusammenhang mit seiner jetzigen Funktion eindeutig den von seiner reaktionären Parteiführung eingeschlagenen Kurs: den Weg zurück zum Faschismus.“<sup>75</sup> Dazu paßt auch, daß die flüchtigen SA-Verbrecher „[...] den vollen Schutz jener Parteiführung [...]“ genießen, „[...] die heute ihre Hauptaufgabe darin sieht, den Verrat an Deutschland zu vollenden und Saboteure und Agenten auszubilden.“<sup>76</sup>

Zur Zeit der Weimarer Republik war Stumm zunächst Kriminalkommissar und später Polizeirat in Preußen, wurde aber nach der „Machtergreifung“ der Nationalsozialisten entlassen.<sup>77</sup> Die ihm in der DDR-Presse gemachten Vorwürfe, waren anscheinend so fadenscheinig, daß sie nicht einmal von der Ostberliner Staatsanwaltschaft verfolgt wurden.

Für derartige an die Westdeutsche bzw. West-Berliner SPD und deren Funktionäre gerichtete Anschuldigungen ließen sich noch zahllose Beispiele anführen.<sup>78</sup> Was die Vorwürfe der Nichtauslieferung von Angeklagten betrifft, muß man jedoch festhalten, daß das Ablehnen oder Annehmen von Auslieferungsgesuchen zu dieser Zeit den Besatzungsmächten oblag.<sup>79</sup> Mit Bezug auf Artikel IV KRG 10<sup>80</sup> konnte dieses Ansinnen abgelehnt werden<sup>81</sup>. Im Fall der Täter der „Köpenicker Blutwoche“ geschah dies anscheinend des öfteren. Die Untersuchungsrichterin Gladitz vermutete, daß über zwanzig Täter der „Köpenicker Blutwoche“ in Westdeutschland untergetaucht seien. So wurde beispielsweise die Auslieferung der Angeklagten Brockmann und Demuth von der britischen Militäradministration abgelehnt.<sup>82</sup> Teilweise wurde dieser Tatsache in der Presse auch Rechnung getragen.<sup>83</sup> Insgesamt übergaben die Briten nur drei Beteiligte der „Köpenicker Blutwoche“ an die ostdeutschen Justizbehörden.<sup>84</sup>

75 Stumm auf die Anklagebank! – Die Karriere des „Polizeipräsidenten“/Er deckte SA-Schlächter. In: BZ am Abend Nr. 138 v. 17.6.1950; „Polizeipräsident“ Stumm war auch dabei. In: Neues Deutschland Nr. 138 v. 17.6.1950; Die hier vorgebrachten Anschuldigungen gegen Dr. Johannes Stumm, lassen sich auf das aktuelle politische Geschehen beziehen. Stumm war seit dem 30. Juli 1948 Polizeipräsident von Berlin. Damit trat er die Nachfolge des vom Gesamt-Berliner Magistrat abgesetzten Paul Markgraf (SED) an.

76 Arzt im Zeugenstand. In: Neues Deutschland v. 11.07.1950.

77 Vgl. [http://de.wikipedia.org/wiki/Johannes\\_Stumm](http://de.wikipedia.org/wiki/Johannes_Stumm) (Zugriff am 08.06.2011).

78 Bspw.: Aus dem Gerichtssaal – Letz ein Hauptschläger der Blutwoche. In: Tägliche Rundschau Nr. 145 v. 24.06.1950.

79 Grewe, Wilhelm G.: Deutschlandvertrag. In: Handbuch zur deutschen Einheit 1949–1989–1999, hrsg. v. Werner Weidenfeld u. Karl Rudolf Korte. Bonn 1999, S. 291–299.

80 Das „Gesetz des Alliierten Kontrollrats vom 20. Dezember 1945 über die Bestrafung von Personen, die sich Kriegsverbrechen, Verbrechen gegen Frieden oder gegen Menschlichkeit schuldig gemacht haben“, das Kontrollratsgesetz Nr. 10 (KRG 10), wurde geschaffen, um die Verfahren in den verschiedenen Besatzungszonen auf eine gemeinsame Rechtsgrundlage zu stellen; siehe dazu: Hassel, Katrin: Kriegsverbrechen vor Gericht. Die Kriegsverbrecherprozesse vor Militärgerichten in der britischen Besatzungszone unter dem Royal Warrant vom 18. Juni 1945 (1945–1949). In: Studien zur Geschichte des Völkerrechts, hrsg. v. Armin von Bogdandy, Michael Stolleis, Wolfgang Graf Vitzthum, Band 19, Baden-Baden 2009, S. 96; Weinke, Anette: Die Verfolgung von NS-Tätern im geteilten Deutschland. Vergangenheitsbewältigungen 1949–1969 oder: Eine deutsch-deutsche Beziehungsgeschichte im Kalten Krieg. Paderborn 2002, S. 25.

81 Hassel: Kriegsverbrechen, S. 97 f.

82 König, André: Die juristische Aufarbeitung der Köpenicker Blutwoche in den Jahren 1947–1951 und der Verbleib der NS-Täter im DDR-Strafvollzug, 2004, unveröffentlicht, Signatur II. 248.1 Köp, Archiv des Heimatmuseums Köpenick, S. 38 u. 44 f.

83 „[...] durch die Protektion der britischen und amerikanischen Militärregierung, die die Auslieferungsgesuche ablehnten [...] Im März wurde er [Wilhelm Brockmann] zwar in Lüneburg verhaf-

Auffällig ist, daß die „westliche“ Sozialdemokratie, neben den Gewerkschaften, die einzige bundesdeutsche Instanz ist, die seitens der DDR-Presse angegriffen wurde. Dies ist insofern bemerkenswert, da zu diesem Zeitpunkt die SPD in der Bundesrepublik ihr Dasein als Oppositionspartei fristete und somit keinen entscheidenden Einfluß auf die Politik der Bundesregierung hatte. Zudem fanden die Angriffe zu einer Zeit statt, in der die SPD sich rein formal ihrer marxistischen Wurzeln noch nicht entledigt hatte. Sie sollte sich erstmalig 1959 mit dem *Godesberger Programm* zur Marktwirtschaft mit „[...] freie[m] Wettbewerb und freie[r] Unternehmerinitiative [...]“ bekennen.<sup>85</sup> Noch im *Grundsatzprogramm* von 1946 wurde von ihr eine „[...] sozialistische Wirtschaft durch planmäßige Lenkung und gesellschaftliche Gestaltung [...]“ gefordert. „[...] Der vorhandene private Großbesitz an Produktionsmitteln und das mögliche Sozialprodukt der deutschen Volkswirtschaft müssen den Bedürfnissen aller zugänglich gemacht werden [...]“.<sup>86</sup> Die DDR stand der bundesdeutschen Sozialdemokratie ideologisch um einiges näher als der CDU. Trotzdem richteten sich die Angriffe immer wieder gegen die SPD.

Wie bereits erwähnt, richteten sich die Anschuldigungen, wenn auch nicht in so umfangreichem Rahmen, ebenfalls gegen die Gewerkschaften. Sei es die UGO<sup>87</sup> oder der Politiker des CDU-Gewerkschaftsflügels Jakob Kaiser. Wörtlich heißt es in der *Berliner Zeitung*: „Gegen Unmenschen wie Gatemann, Paul, Jarschoff, Degelow und Müller mußte in Abwesenheit verhandelt werden, weil sie als geübte Mörder in den faschistischen ‚SA-Sonderkommandos‘ Jakob Kaisers zur Niederknüppelung westdeutscher Friedenskämpfer und Kriegsdienstverweigerer Verwendung finden sollen. Gegen diese Rahnsdorfer SA-Führer mußte in Abwesenheit verhandelt werden, weil sie als bewährte Mörder ihren Platz als Söldner in der ‚Bundesarmee‘ zu beanspruchen haben. Schützend stellt sich die Bonner Justiz vor ihren neuen Henkersknechten, um nicht den Ast abzusägen, auf dem sie sitzt.“<sup>88</sup>

Den christlichen NS-Gegner Kaiser als Faschisten zu bezeichnen liegt angesichts seiner Gestapo-Haft im Jahre 1938 ohnehin jenseits jeglichen Realitätsbezugs.<sup>89</sup>

---

tet, mußte aber auf einen Befehl der englischen Militärregierung wieder aus dem Gefängnis entlassen werden [...]“ Aus: Die brutalsten Schläger. In: Nacht-Express v. 04.07.1950; siehe auch: Die Verbrechen der Köpenicker Blutwoche müssen gesühnt werden – der Ankläger beantragt für 16 Angeklagte das Todesurteil. In: Tägliche Rundschau, Nr. 162 v. 14.07.1950.

84 König: Juristische Aufarbeitung, S. 38.

85 Godesberger Programm. Grundsatzprogramm der Sozialdemokratischen Partei Deutschlands. Beschlossen vom Außerordentlichen Parteitag der Sozialdemokratischen Partei Deutschlands in Bad Godesberg vom 13. bis 15. November 1959, vgl.: [http://www.spd.de/linkableblob/1816/data/godesberger\\_programm.pdf](http://www.spd.de/linkableblob/1816/data/godesberger_programm.pdf), (15.04.2011), S. 8.

86 Politische Leitsätze der Sozialdemokratischen Partei Deutschlands (Aktionsprogramm der SPD) (Hannover, 11. Mai 1946), Abschnitt: I., vgl.: [www.ena.lu/politische\\_leitsatze\\_sozialdemokratischen\\_partei\\_deutschlands\\_hannover\\_mai\\_1946-030003188.html](http://www.ena.lu/politische_leitsatze_sozialdemokratischen_partei_deutschlands_hannover_mai_1946-030003188.html), (15.04.2011).

87 Siehe beispielsweise: Aus dem Gerichtssaal – Erst SA-Bandit, heute UGO-Saboteur. In: Tägliche Rundschau Nr. 144 v. 23.06.1950.

88 Die Schlächter von Rahnsdorf. In: Berliner Zeitung v. 26.04.1951.

89 Nach der Haftentlassung baute er Kontakte zu verschiedenen Widerstandsgruppen auf. Nach dem Krieg gründete er 1945 die CDU in Ostberlin mit und war in ihr stets um Ausgleich zwischen den Kräften bemüht. Gewerkschaftspolitisch hielt er eine über alle gesellschaftlichen und ideologischen Schranken hinwegreichende, einheitliche Arbeiterbewegung und -partei für erstrebenswert. Kaiser vertrat eine Marktwirtschaft mit staatlicher Kontrolle, er versuchte den Mittelweg zwischen Kapitalismus und Marxismus zu befördern. Ab 1948 avancierte er in der CDU immer mehr zum Vertreter der Arbeitnehmer und wurde auf deren Gründungsparteitag zum stellvertretenden Vorsitzenden gewählt. Siehe dazu: <http://www.jakob-kaiser.de/portrait-jakob-kaise.html> [Portrait Kaisers auf der Internetseite der Jakob-Kaiser-Stiftung e.V.] (10.04.2011); [http://de.wikipedia.org/wiki/Jakob\\_Kaiser](http://de.wikipedia.org/wiki/Jakob_Kaiser) (10.04.2011).

Es hätte in der CDU bestimmt Personen gegeben, die sich aufgrund ihres Weltbildes mehr zu einem politischen Feind des Sozialismus geeignet hätten. Auch die Tatsache, daß in zitiertem Artikel die CDU überhaupt nicht erwähnt wird, deutet an, daß ähnlich wie bei den Angriffen auf die SPD zuvorderst nicht der weltanschauliche Gegner attackiert wird, sondern der Konkurrent beim Buhlen um Anhängerschaft im Arbeitermilieu. Hier lassen sich Parallelen zur Endzeit der Weimarer Republik erkennen.

Eine weitere Richtung, in die die Angriffe der DDR-Presse während der Gerichtsprozesse zielen, sind die Besatzungsmächte, allen voran die US-Amerikaner. Es wird das Bild erzeugt, daß diese eine regelrechte „Renazifizierung Westdeutschlands“ betreiben. Schon bei den ersten Gerichtsprozessen 1946 „[...] also schonten amerikanische Gerichtsoffiziere gewisse Nazis, weil sie sehr wohl wußten, wozu diese Menschen noch einmal benutzt werden sollten [...]“<sup>90</sup>. Es wurden auch direkte Vergleiche zwischen dem „Dritten Reich“ und den USA angeführt, um die vermeintlichen Absichten der US-Amerikaner klar aufzuzeigen: „[...] der SS-General Sepp Dietrich, der Erfinder der Taktik der verbrannten Erde, hat seinen Nachfolger in dem US-Atombombenstrategen Bradley, dem es auf die Vernichtung Hunderttausender friedliebender Menschen nicht ankommt [und] der amerikanische Faschismus kann genauso wenig wie der Hitlerfaschismus den Frieden gebrauchen. Wer aber gegen den amerikanischen Krieg ist, muß mit allem rechnen [...]“<sup>91</sup>. Hierbei geschah es auch, daß aus dem Zweiten Weltkrieg stammende Feindbilder, die dazu gedient hatten, die Kampfkraft der Rotarmisten zu steigern, umgedeutet und der neuen Situation angepaßt wurden. So konstatiert Atina Grossman in *A Question of Silence: The Rape of German Women by Occupation Soldiers* „[...] the vengeful memory summoned was not a parallel violation by a German raping a Russian woman, but of a horror on a different order: it was the image of a German soldier swinging a baby, torn from its mothers arms, against the wall – the mother screams, the baby’s brains splatter against a wall, the soldier laughs“.<sup>92</sup> Ein sehr ähnliches Bild beschreibt die *BZ am Abend*: „Der Nazimörder Plönzke hat seinen Nachfolger in jenem US-Soldaten gefunden, der vor wenigen Tagen in Westberlin einen Säugling so lange an eine Wand warf, bis das Kind starb [...]“.<sup>93</sup>

Die *BZ am Abend* berichtet zudem von dem für seine „hemmungslose Antisowjethetze“ berüchtigten amerikanischen Journalisten Knickerbocker. Dieser habe die „[...] während der Blutwoche [...]“ stark mißhandelte SPD-Bezirksverordnete Jankowski aufgesucht, um sich ein Bild von ihrem Zustand zu machen. „[...] Obwohl ihm bei diesem Besuch übel wurde, drahtete er an seine britischen und amerikanischen Zeitungen ‚Anschuldigungen haltlos – es ist nichts geschehen‘ [...]“. Als Grund für diese angebliche Lüge wird die dringende Notwendigkeit eingeräumt, mit der die westlichen „Demokratien“ die deutsche Friedensfront zerschlagen mußten, um einen Krieg vorzubereiten. „[...] Nachrichten über die Köpenicker Blutwoche waren zwar im Ausland

90 Führt alle der gerechten Strafe zu – Gedanken zum Köpenicker Blutwocheprozess. In: *BZ am Abend* Nr. 148 v. 29.06.1950.

91 Signale einer zweiten Blutwoche? Zum Abschluß des Prozesses gegen die Köpenicker Mörder. In: *BZ am Abend* Nr. 166 v. 20.07.1950.

92 Grossman, Atina: *A Question of Silence: The Rape of German women by Occupation Soldiers*. In: *West Germany under Construction. Politics, Society, and Culture in the Adenauer Era*, hrsg.v. Robert G. Moeller, Michigan 1997, S. 40; vgl.: Merridale, Catherine: *Iwans Krieg. Die Rote Armee 1939–1945*. Frankfurt 2008, S. 342.

93 Signale. In: *BZ am Abend* v. 20.07.1950.

bekannt – ihre Veröffentlichung aber wurde aus vorgenannten Gründen unterbunden.<sup>94</sup>

Die sozialdemokratische Stadt- und Bezirksverordnete Marie Jankowski wurde allerdings schon in der Nacht vom 20. auf den 21. März 1933, also gut drei Monate vor der Blutwoche schwer mißhandelt.<sup>95</sup> Könnte dies noch als kleiner Lapsus durchgehen, dürfte die zweite Falschaussage jedenfalls kein Versehen sein. Ob der Bericht über diese Tat nun von Knickerbocker weitergegeben wurde oder nicht, sei dahingestellt. Fest steht jedenfalls, daß *The Times* am 1. April 1933 einen Artikel veröffentlichte, in dem auf die Märzereignisse in Köpenick eingegangen wurde.<sup>96</sup> Von einem Schweigen der internationalen Presse kann in diesem Fall folglich keine Rede sein. Mit der Entkräftung des Vorwurfs des Schweigens zerfällt die Argumentationsstruktur, wonach die anglo-amerikanischen Bündnispartner geschwiegen haben, um einen Krieg zu ermöglichen.

Aus den einzelnen angesprochenen Punkten entsteht zusammengenommen eine sehr aussagekräftige Weltansicht. Aus dieser Sichtweise sind die Besatzungsmächte, allen voran die US-Amerikaner, dabei, einen neuen Weltkrieg vorzubereiten, um ihre kapitalistischen Interessen durchzusetzen. „[...] Wiederum hetzen und werben die ehemaligen Generale Hitlers im Auftrag der Westmächte für einen neuen, dritten Weltkrieg, der den USA-Monopolherren neue Milliarden Dollargewinne bringen soll [...].“<sup>97</sup> Dabei dienen ihnen ehemalige Nationalsozialisten als Werkzeuge. Dies sei auch der Grund, warum diese Verbrecher in Westdeutschland nicht ihrer gerechten Strafe zugeführt werden. „[...] Die Milliardäre aus USA suchen Dumme, die sich mißbrauchen lassen gegen Fortschritt und Demokratie, besonders aber gegen die Sowjet-Union[...].“<sup>98</sup> Wie schon vor 1933 seien es wiederum die rechten sozialdemokratischen Funktionäre, die diesen Weg beschreiten und helfen, den Faschismus an die Macht zu bringen. Sie seien die „[...] tatsächlichen Begünstiger des Faschismus in Westdeutschland.“<sup>99</sup> Deutschland, vor allem aber die SPD, mache sich zum Helfer dieser imperialistischen Kräfte. Wie schon 1933 seien Nationalsozialisten, Sozialdemokraten und die Justiz nur Handlanger des Kapitals. Die sich hier abzeichnende Sichtweise auf die Ereignisse, zeichnet ein klares Feindbild, das die Prozesse gegen die Täter der „Köpenicker Blutwoche“ zu benutzen suchte, um politische Gegner als Nazis zu diskreditieren. Dabei hat sich das hier gezeichnete Feindbild der Gründungs- und Frühphase der DDR nicht maßgeblich von demjenigen unterschieden, das die KPD in den letzten Jahren der Weimarer Republik benutzte, um gegen politische Gegner innerhalb der Arbeiterbewegung vorzugehen.

Die harsche Kritik gegen West-Berlin und Westdeutschland im Jahre 1950, die sich jedoch vor allem in schweren Angriffen gegen westliche SPD- und Gewerkschaftsfunktionäre äußerte, läßt sich gut mit der zu dieser Zeit herrschenden politischen Lage erklären. Innenpolitisch wurde auf dem III. Parteitag im Juli 1950 mit der Bildung eines Zentralkomitees anstelle eines Parteivorstandes die formelle Umwandlung der SED in eine leninistische Partei vollendet. Damit fiel praktisch das bei Gründung der

94 Umfassendes Geständnis eines SA-Mörders – Das Telegramm des Journalisten Knickerbocker nach New York. In: BZ am Abend v. 24.06.1950.

95 König: Köpenick, S. 60.

96 Ebd., S. 60.

97 Anklageschrift gegen Plönzke und andere... (Köpenicker Blutwoche), 35 PJs. 77/48, von Berliner VVN, Bezirk Köpenick zur Einladung zu einer Kundgebung am 2. Juni 1950 im Vorfeld des Prozesses), Ordner-Nr. 24.1.3, Archiv des Heimatmuseums Köpenick.

98 Ebd., S. 3.

99 Ankläger beantragt Todesurteil. In: Tägliche Rundschau v. 14.07.1950.

SED verabschiedete Paritätsprinzip zwischen ehemaligen Kommunisten und Sozialdemokraten weg. Gleichzeitig zur Formulierung des Führungsanspruchs in Staat und Gesellschaft formierte sich die SED zu einem „monolithischen Block stalinistischer Prägung“ (Schroeder) unter Führung der Sowjetunion. So forderte der Parteitag die Verstärkung des Kampfes gegen „[...] Spione und Agenten, vor allem gegen die ‚Überreste des Sozialdemokratismus‘ in der SED [...]“. Ab Oktober 1950 kam es dann auch zu einer Überprüfung der politisch-ideologischen Zuverlässigkeit ihrer Mitglieder. Höchstwahrscheinlich waren von diesen Säuberungen zu großen Teilen auch ehemalige Sozialdemokraten betroffen, was sich heute jedoch nicht mehr nachweisen läßt.<sup>100</sup> Die Polemik gegen die bundesdeutsche SPD und die Gewerkschaften diente in diesem Zusammenhang sicherlich als rechtfertigende Begleiterscheinung für diese Entwicklungen. Ebenso könnten diese Beschimpfungen aber auch Relikte aus der Endzeit der Weimarer Republik sein, während derer die SPD von den Kommunisten oft als ihr Hauptfeind betrachtet wurde.

Bei der Darstellung der „Köpenicker Blutwoche“ hat die stärkste Abweichung von den tatsächlichen Geschehnissen im Nationalsozialismus stattgefunden. Hier wurden die Täter zu Opfern verklärt und andersherum. Möglich wurde dies nur durch das Verschweigen von Fakten. Hätte der junge Anton Schmaus die SA-Männer auch erschossen, wenn es die vorangegangenen Hausdurchsuchungen und Verhaftungen in den Wohnungen der Mitglieder der Arbeiterparteien nicht gegeben hätte? Schmaus ahnte, was ihm und seiner Familie drohte, und versuchte dagegen anzugehen. Er handelte in Notwehr. Der Versuch, den „Verhören“ in den SA-Heimen zu entgehen, wurde von der staatlichen Presse in einen hinterhältigen Mord umgedeutet, indem die Aktionen gegen die linken Arbeiterparteien vollkommen verschwiegen wurden. Hatte man die erschossenen SA-Männer erst einmal zu Opfern verklärt, ließ sich auf die Ereignisse in Köpenick problemlos die übliche NS-Propagandaschablone anwenden.

In der Erinnerungskultur der DDR, zumindest auf regionaler Ebene, spielte die „Köpenicker Blutwoche“ vierzig Jahre lang eine bedeutende Rolle. Daß das Grundkonstrukt ihrer Varianten der „Köpenicker Blutwoche“ die tatsächlichen Vorfälle nicht verdrehte, machte die Darstellung der Ereignisse bedeutend wahrheitsgetreuer. Zudem wurde kaum ein Fakt von Bedeutung beiseitegelassen. Vielmehr wurden die Tatsachen übertrieben dargestellt, um die SA-Männer und den Nationalsozialismus noch unmenschlicher erscheinen zu lassen und sich selbst somit in einem noch größeren Kontrast dazu zu positionieren. Dies betrifft zum einen die tatsächliche Opferzahl. Scheinbar wurden schon während des Prozesses im Jahre 1950 von der Landgerichtsrätin Frau Dr. Gladitz 70 nichtidentifizierbare Personen zur tatsächlichen Opferzahl hinzuaddiert.<sup>101</sup> Die Zahl 91 fand anschließend beispielsweise Verbreitung in der unter anderem von Walter Ulbricht herausgegebenen „Geschichte der deutschen Arbeiterbewegung“ und wurde dann in der „objektiven“ Geschichtswissenschaft scheinbar unreflektiert übernommen.<sup>102</sup> Ein prominentes Beispiel dafür stellt Peter Longerichs „Die braunen Bataillone“ aus dem Jahr 2003 dar.<sup>103</sup> Heute geht die Forschung von 24 in Zusammenhang mit der „Blutwoche“ Ermordeten aus.<sup>104</sup>

---

100 Schroeder, Klaus: Der SED-Staat. Geschichte und Strukturen der DDR. Hrsg. v. Bayerische Landeszentrale für politische Bildungsarbeit. München 1998, S. 99 f.

101 Flick: Köpenicker Blutwoche, S. 11.

102 Geschichte der deutschen Arbeiterbewegung, hrsg. v. Walter Ulbricht u.a., Bd. 5. Berlin (Ost) 1966, S. 36.

103 Longerich: Braune Bataillone, S. 174.

104 Wörmann: Widerstand, S. 35–38.

Eine weitere starke Übertreibung ist in der Darstellung der Grausamkeiten zu sehen. So hat Günter G. Flick darauf hingewiesen, daß in der Anklageschrift von 1950 Unstimmigkeiten bis hin zu klaren Widersprüchen bezüglich ein und derselben Mordtat auftreten. Scheinbar wurden den ohnehin schon grausamen Gewaltakten in den Prozessen noch bestialischere hinzugefügt, wie beispielsweise das Abschneiden von Nasen und Hoden, um die angestrebten Todesstrafen auch zu erreichen.<sup>105</sup> Auch diese übertriebene Darstellung fand Eingang in die Historiographie der DDR.<sup>106</sup>

Ebenso wie im Nationalsozialismus wurden die Ereignisse auch in der DDR den üblichen propagandistischen Normen angepaßt. So sei das Vorgehen während der Junitage 1933 ein von der Bourgeoisie geplanter Schlag gegen die Arbeiterklasse gewesen<sup>107</sup>. Die Arbeiterführer der SPD trügen eine große Mitschuld daran, da sie den Faschismus unterschätzt hätten, und nur die Kommunisten hätten wirksam gegen den Nationalsozialismus gekämpft. Die in der DDR erzeugten Bilder erzählen die Versionen der „Köpenicker Blutwoche“ aus der Sicht des Marxismus-Leninismus.

Der Marxismus-Leninismus diente der theoretischen Legitimation der Herrschaft und Politik der SED und erfuhr nicht selten Veränderungen entsprechend der aktuellen politischen Lage. Während bei der Wiedergabe der Ereignisse von 1933 in den Zeitungsartikeln nur kleine ideologiebedingte Abweichungen zu konstatieren sind, wurden diese hauptsächlich dazu benutzt, die politischen Gegner heftigen verbalen Angriffen auszusetzen. Hierbei wurde die Darstellung der „Köpenicker Blutwoche“ nicht in annähernd so starkem Maße verfälscht wie 1933. Vielmehr wurde sie instrumentalisiert, indem die aktuellen politischen Gegner teilweise mit den Tätern aus der NS-Zeit gleichgesetzt wurden. Dabei sind die aus der DDR vorgebrachten Anschuldigungen nicht immer völlig von der Hand zu weisen, etwa was die NS-Vergangenheit großer Teile der Funktionselite der Bundesrepublik Deutschland betrifft oder die nachsichtige Strafverfolgung gegenüber NS-Verbrechern. Allerdings neigten die Anschuldigungen aus der DDR oft zur Übertreibung. An einigen Stellen kann man sogar den Versuch seitens der DDR konstatieren, westdeutschen Politikern oder Institutionen nachträglich etwas anzuhängen und sie damit zu diskreditieren. Hierzu kann man die angebliche Gestapo-Tätigkeit einiger ausgewiesener Antifaschisten zählen. Zudem wird die verfälschte Darstellung von derlei Fakten durch eine ebenfalls unausgeglichene Berichterstattung der „eigenen Geschichte“ komplettiert. Es wird beispielsweise vollkommen verschwiegen, daß auch in der DDR viele ehemalige Parteigenossen der NSDAP in hohen staatlichen Stellen, sei es in Wissenschaft, Wirtschaft oder Industrie untergekommen waren. Kurzum, in der DDR-Instrumentalisierung wurden die Anschuldigen gegen Teile der Bundesrepublik unsachgemäß übertrieben und die eigenen Versäumnisse vollkommen verschwiegen, wodurch ein Zerrbild, von einem „guten“ Deutschland hier und einem „bösen“ Deutschland da entstehen sollte.

Es wird deutlich, daß in der DDR ebenso wie im „Dritten Reich“ keine neuen Motive im Zusammenhang mit der „Köpenicker Blutwoche“ vorgetragen wurden – egal, ob es sich dabei um die dargebrachten Opfer der Spartiaten<sup>108</sup> bei den Thermopylen, die Schlacht von Langemarck oder die aufrichtig für ein neues Deutschland kämpfenden

105 Flick: Köpenicker Blutwoche, S. 3–17, S. 11.

106 Vgl. Werner, Kurt/Biernat, Karl Heinz: Die Köpenicker Blutwoche, Juni 1933. Hrsg. v. Institut für Marxismus/Leninismus, Magdeburg 1958.

107 Vgl. ebd. S. 5: „[...] Die deutsche Bourgeoisie war sich bewußt, daß sie ihre Unterdrückungs- und Kriegspolitik nicht durchsetzen konnte, wenn nicht die revolutionäre Vorhut der deutschen Arbeiterklasse vernichtet wird [...]“.

108 Spartiaten waren die Vollbürger Spartas, aus denen sich die Mitglieder des Hopliteneeres rekrutierten.

SA-Männer handelte. Diese Elemente gehörten ebenso zum Standardinventar der NS-Propaganda wie die kriegstreibenden Imperialisten aus Übersee und die von Gestapo-Spitzeln unterwanderte SPD zu allgemeinen Bestandteilen der SED-Rhetorik dieser Zeit. Dies ist vielleicht ein weiteres Zeichen dafür, daß es den jeweiligen Verantwortlichen nicht um die Ereignisse in Köpenick per se gegangen ist, sondern diese vielmehr eine Möglichkeit boten, gegen den ideologischen Feind zu polemisieren.

Ganz im Zeichen des Marxismus-Leninismus unterlag auch das in der DDR herrschende Bild der „Köpenicker Blutwoche“ einem stetigen Wandel. Trotz der typischen Rhetorik des Kalten Krieges unterscheidet sich beispielsweise die Broschüre „Die Köpenicker Blutwoche, Juni 1933“ aus der Feder der Autoren Kurt Werner und Karl Heinz Biernat intentional deutlich von den Zeitungsartikeln aus dem Jahr 1950. Eine zentrale Veränderung betrifft das Bild, das von der Vorkriegs-SPD gezeichnet wird. Wurde die SPD-Parteiführung der letzten Jahre der Weimarer Republik 1950 noch als Hauptschuldige an der Errichtung des Faschismus bezeichnet, so wird bei Werner und Biernat beschrieben, wie sich der Angriff der Faschisten auch „[...]“ gegen die SPD, das Reichsbanner und andere Organisationen richtete [...].“ Der SPD als Ganzes wird jetzt die Opferrolle zugestanden. Ihr Verhalten vor, während und nach der „Machtergreifung“ der Nationalsozialisten wird zwar als Fehler bezeichnet, der jedoch nicht wider besseres Wissen begangen wurde. Es handelte sich einfach um eine „[...]“ irri- gte Auffassung über den Charakter des Hitlerfaschismus [...].“<sup>109</sup> Überhaupt werden die Unterschiede zwischen den verschiedenen Opfergruppen leicht verwischt, ohne jedoch ganz aufgelöst zu werden. So findet der Begriff „Antifaschist“ recht häufig Verwendung, nicht nur für Kommunisten, sondern auch für Sozialdemokraten und Parteilose. Selbst sieben jüdische Opfer werden erwähnt.<sup>110</sup> Ein gradueller Unterschied bleibt jedoch bestehen. Bei der Beschreibung der Gewaltexzesse im SA-Lokal Seidler<sup>111</sup> werden ausschließlich Greuel- taten an Sozialdemokraten beschrieben, während der folgen- de Abschnitt, über die Mißhandlungen im SA-Lokal Demuth berichtend, vorwiegend die Leiden von kommunistischen Opfern behandelt. „[...]“ [N]ur waren hier die Bestialitäten größer und die Methoden noch grausamer [...].“<sup>112</sup> Die kommunistischen Opfer hätten mehr zu ertragen gehabt, was auf einen noch stärkeren Widerstandskampf hindeutet. Beides verdeutlicht die Führungsrolle der Kommunisten im Antifaschismus und, daraus resultierend, bei der Legitimation, ein neues Deutschland aufzubauen.

Zum Ziel der Angriffe wird zu dieser Zeit die Regierung Adenauer. So wird von der „Adenauer-Justiz“ gesprochen, die die Mörder der „Köpenicker Blutwoche“ schütze oder vom „Adenauer-Regime“, das den nächsten Krieg plane. Während 1950 die CDU oder ihre Politiker kaum Erwähnung fanden, ist es jetzt die Adenauer-Regierung, die Mitglieder der KPD verhaften lasse, Maßnahmen gegen die SPD androhe oder den Deutschen „Gewerkschaftsbund (DGB)“ für „zuchthausreif“ erkläre.<sup>113</sup> Die CDU und die Regierung Adenauer wurden zur Zielscheibe der Angriffe aus der DDR. Wenn diese auch immer noch ideologisch motiviert waren, so stellt diese Tatsache trotzdem eine graduelle Abschwächung gegenüber 1950 dar. Die konservative CDU anzugreifen, die in der Bundesrepublik seit Jahren die Regierungsverantwortung trug, scheint rational nachvollziehbarer, als die noch sozialistisch geprägte Oppositions-SPD aus dem Jahr 1950.

---

109 Werner/Biernat: Köpenicker Blutwoche, S. 19.

110 Ebd., S. 11 f.

111 Ebd., S. 14–19.

112 Ebd., S. 19.

113 Ebd., S. 44 f.

Zum Zeitpunkt der Veröffentlichung dieser Broschüre war die politische Situation eine andere als 1950. 1955 schloß sich die Sowjetunion der Forderung der SED-Führung an, Deutschland könne nur unter der Wahrung der „sozialistischen Errungenschaften“ wiedervereinigt werden. Zudem wurde die DDR in den folgenden Jahren in umfangreichem Maße wirtschaftlich, politisch und auch militärisch in den von der Sowjetunion geführten Block integriert.<sup>114</sup> All diese Maßnahmen sicherten das Bestehen der DDR als Staat und damit den Herrschaftsbereich der SED. Eventuell führte diese Stabilisierung der DDR zu einem gewissen Nachlassen des Konkurrenzempfindens der SED gegenüber den bundesdeutschen Arbeitervertretungen.

1985 hingegen kann von Beschuldigungen gegen verschiedene Institutionen der BRD keine Rede mehr sein, zumindest in dem mehrseitigen Artikel „SA-Typen: Die Köpenicker Blutwoche“ von Heinz Winter aus *Sturz ins Dritte Reich. Historische Miniaturen und Portraits 1933/35*.<sup>115</sup> Lediglich ein kurzer Kommentar zur gerechten DDR-Justiz des Jahres 1950 kann als kleiner Seitenhieb auf die oftmals zu nachgiebige Strafverfolgung gegen NS-Täter in der Bundesrepublik verstanden werden.

Dieser Wandel läßt sich auf die politischen Rahmenbedingungen zu Anfang der achtziger Jahre zurückführen. Im Laufe der siebziger Jahre fand die DDR ihre internationale Anerkennung als souveränen Staat. Auch die innerdeutschen Beziehungen wurden von beiden Seiten gepflegt, trotz der oft angespannten internationalen Lage. Für die DDR-Führung ging es in dieser Zeit um internationale Reputation und wirtschaftliche Unterstützung aus der Bundesrepublik. Überzogene und unglaubwürdige Propagandaattacken paßten nicht mehr in die Zeit. Zudem verschafften die durch Franz Josef Strauß vermittelten Kredite der wirtschaftlich angeschlagenen DDR eine gewisse Entlastung auf den internationalen Finanzmärkten.<sup>116</sup> Die engen und für die DDR lebensnotwendigen Beziehungen zur Bundesrepublik Deutschland mögen ein Grund dafür sein, daß die Angriffe und Vorwürfe gegen Westdeutschland zwar nicht aufhörten, aber doch zurückhaltender oder verdeckt vorgetragen wurden. Die „Koalition der Vernunft“ stand auf der Tagesordnung, die alte Nazikeule hatte ausgedient.

---

114 Schroeder: Der SED-Staat, S. 131 f.

115 Winter, Heinz: SA-Typen: Köpenicker Blutwoche. In: *Sturz ins Dritte Reich. Historische Miniaturen und Portraits 1933/35*, hrsg. v. Helmut Bock, 2. Auflage 1985. Berlin (Ost), S. 235–243.

116 Schroeder: Der SED-Staat, S. 265–271.